

5000 nehmen an Demo gegen Rechtsextreme teil

Nach Großdemonstrationen in Essen, Mülheim und Düsseldorf zeigen auch viele Oberhausener Flagge für Zusammenhalt

Peter Szymaniak

Bundesweit demonstrieren in vielen Städten und Gemeinden Deutschlands Bürgerinnen und Bürger seit knapp zwei Wochen gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Ausländerfeindlichkeit - jetzt, am Mittwochabend, reißen sich auch die Oberhausenerinnen und Oberhausener ein, um Demokratie und Menschlichkeit zu verteidigen.

Gerade einmal mit 500 Demonstranten haben die Veranstalter der Kundgebung „Oberhausen steht auf! Gegen die AfD – Nie wieder ist jetzt“ auf dem Friedensplatz mitten in der Oberhausener Innenstadt gerechnet; die Helferinnen und Helfer des 60 Organisationen umfassenden Oberhausener „Bündnis für Toleranz und Demokratie Oberhausen“ bauten deshalb nur eine kleine Bühne in der Nähe der Alt-Gaststätte „Uerige“ auf.

Tatsächlich aber strömen bereits vor dem offiziellen Beginn der für 18 Uhr angesetzten Kundgebung zahlreiche Menschen auf den zentralen City-Platz vor dem Polizeipräsidium - begleitet von lauten Songs aus den Lautsprechern von BAP und Danger Dan. Sie sind, dem windigen Wetter entsprechend, mit festen dunklen Jacken gekleidet, haben zur Demo sogar kleine Kinder und ihre Hunde mit bunt blinkenden Halsbändern mitgebracht.

Hendrik Wüst auch vor Ort

Einige halten Pappschilder hoch: „Menschenrechte statt rechter Menschen“, „Aufstehen! Für Demokratie gegen Hetzer und Faschisten“, „Remigriert Euch ins Knie!“ oder auch „Bunt ist hübscher als braun“. Die Menschen stehen rund um den berühmten Brunnen auf dem Friedensplatz - und im leeren Wasserbecken. Die Polizei schätzt die Teilnehmerzahl auf 5000 Demonstranten.

Mitorganisator Dirk Paasch, Vertreter des Bündnisses „Runder Tisch gegen Rechts“, zeigte sich ob der Menschenmassen auf dem Friedensplatz gerührt: „Wir sind jetzt hier mehrere Tausend Menschen, die ein wichtiges Zeichen setzen. Die AfD ist Vorreiter der Verrohung, sie schleift die Fundamente unserer Gesellschaft. Es ist klar, dass die



Mehrere Tausend Menschen setzten am Mittwoch auf dem Friedensplatz ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Faschismus. BÖGEHOLZ/FFS

AfD eine massive Gefahr für die Gesellschaft darstellt.“

Unter den Demonstranten mischt sich ein sehr bekanntes Gesicht: NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat sich wie eine Privatperson in der Menge eingereiht, will so auch aktiv auf einer Kundgebung gegen Rechtsextremismus seine Einschätzung zur AfD untermauern: „Die AfD ist keine konservative Partei und erst recht keine wertorientierte Partei. Die AfD ist eine brandgefährliche Nazi-Partei.“

Bisher hatte Wüst die Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus unterstützt, nahm aber zuvor an keiner aktuellen Demo gegen Rechts teil. Er ist in Oberhausen ausdrücklich als Privatmann, hält keine Rede vor Ort. Sein Besuch wird mit viel Beifall bedacht.

Vor zwei Wochen hatte das Essener Recherche-Netzwerk „Correctiv“ ein Geheimtreffen mit hochrangigen AfD-Vertretern, bekannten Rechtsextremen, Mitgliedern der CDU-Werteunion und Unternehmern im November 2023 aufgedeckt. Diese debattierten dort einen



Die AfD ist Vorreiter der Verrohung, sie schleift die Fundamente unserer Gesellschaft. Es ist klar, dass die AfD eine massive Gefahr für die Gesellschaft darstellt.

Dirk Paasch, Mitorganisator der Kundgebung, zeigte sich begeistert über die vielen Demonstranten.

Plan zur „Remigration“, zur Abschiebung mehrerer Millionen Zuwanderer auch mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Vertreibungs-idee löste eine anhaltende Welle von Empörungen aus.

7000 Menschen waren bereits vor anderthalb Wochen am Montagabend (15. Januar 2024) in Essen auf die Straße gegangen, um gegen die AfD, Ausländerfeindlichkeit, Faschismus und Rechtspopulismus zu demonstrieren. In der Millionen-Metropole Köln nahmen am Sonntag (21. Januar) an der Kundgebung rund 70.000 Menschen gegen Rechtsextremismus teil, in Bonn rund 30.000 - und in Mülheim 7000. Am Samstag, 20. Januar, versammelten sich 30.000 Bürgerinnen und Bürger in Dortmund zum Protest gegen rechtsextremistisches Gedankengut. Auch in Duisburg gab es eine größere Demonstration gegen eine AfD-Veranstaltung.

„Das sind historisch große Demonstrationen gegen extremistische Parolen, die wir in diesen Tagen auf deutschen Straßen und Plätzen erleben“, hatte der Oberhausener Oberbürgermeister Daniel Schranz am Dienstagabend beim Neujahrsempfang der Stadt gesagt - und alle Bürger aufgerufen, gegen Rechtsextremismus aufzustehen. Am Mittwochabend war das Stadt-oberhaupt auch auf dem Friedens-

platz. Er wies in seiner Rede darauf hin, dass Oberhausen ohne Zuwanderer gar nicht existieren würde. „Oberhausen steht auf für Toleranz und für die Menschenwürde! Oberhausen steht auf gegen die Spaltung unserer Gesellschaft.“ Niemand habe das Recht, den Familien mit Migrationsgeschichte ihren Platz in unserem Land streitig zu machen.

„Wir stehen hier, weil wir uns einem weiteren Erstarken der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten entgegenstellen müssen“, rief Schranz der Menge entgegen. „Wir stehen hier, weil wir zeigen wollen, dass bei uns für die umstürzlerischen Ideen dieser Menschen, diese menschenverachtenden Fantasien einer millionenfachen Zwangsdeportation ganz sicher kein Platz ist.“

Lothar Gores ist einer der vielen Oberhausener Demonstranten. Vor mehr als 30 Jahren war er das letzte Mal bei einer Demonstration. Nun ist er auf den Friedensplatz gekommen, „weil es irgendwann reicht“. Denn: „Jetzt ist die Zeit, Flagge zu zeigen. Die schweigende Mehrheit muss jetzt laut werden.“



Auch Nagihan Erdaş, Vorsitzende des Integrationsrats, redete bei der Kundgebung Klartext.

KERSTIN BÖGEHOLZ/FUNKE FOTO SERVICES (3)

„Rechtes Gedankengut ist ein Verbrechen“

Rund 5000 Menschen setzen Zeichen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Redner fanden mutige Worte

Nadine Gewehr

Rund 5000 Menschen haben am Mittwochabend in Oberhausen ein beeindruckendes Zeichen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit gesetzt. Auf dem Friedensplatz machten sie deutlich, dass sie hinter dem Motto der vom Oberhausener Bündnis für Toleranz und Demokratie organisierten Kundgebung stehen: „Oberhausen steht auf! Gegen die AfD – Nie wieder ist jetzt“. Sowohl auf dem Podium als auch in der Menge fanden die Menschen deutliche Worte. „Rechtes Gedankengut ist ein Verbrechen“, rief Michael Schneider, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Oberhausen, den 5000 Menschen entgegen. „Vielfalt ist unsere Identität. Vielfalt ist unser Leben!“ Die AfD stehe für nichts anderes als „Abgrund für Deutschland“. Er machte aber auch deutlich: Die Demonstrationen, die seit rund zwei Wochen Hunderttausende Menschen in ganz Deutschland auf die Straßen ziehen, dürfen nur der Anfang sein. „Wir müssen Haltung zeigen, das ist das Gebot der Stunde. Steht auf! Seid laut!“

Leidenschaftlich und emotional

Das machte auch Nagihan Erdaş, Vorsitzende des Oberhausener Integrationsrates, auf der Bühne deutlich. Leidenschaftlich und emotional sprach sie zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebung. „Was nicht mehr geht, ist zu sagen: ‚Wir haben verstanden, jetzt werden wir handeln.‘ Viel zu oft ist dies gesagt worden, zu selten ist gehandelt worden!“ Die AfD werde nicht einfach wieder verschwinden, wie mancher vielleicht immer noch meint. „Sie ist mitten unter uns.“

Die AfD habe sich in den letzten Jahren immer mehr radikalisiert, „ist offen und deutlich noch extremer geworden und verbündet sich mit faschistischen Gruppen, Reichsbürgern, NPD-Anhängern und gewaltbereiten Rassisten“, sagte Erdaş. „Spätestens jetzt müssen wir feststellen, dass es der AfD um einen anderen Staat, um eine ande-

re Gesellschaft geht. Rassistische, antisemitische Parolen bilden den inhaltlichen Kern dieser Partei: Er besteht aus Hass, Hetze und Menschenverachtung.“ Man dürfe deshalb die Wähler der AfD nicht als „Protest- oder Wutwähler“ bezeichnen, dies sei eine Verharmlosung. „Wir sollten die Wähler wie auch die Funktionäre sehr ernst nehmen,

und das bedeutet, sie politisch und rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Mit ihrer Stimme unterstützen sie Demagogen und Demokratiefeinde.“

„Wenn Vertreter unseres demokratischen Staates bedroht, beleidigt und angegriffen werden, wenn die freie Presse als ‚Lügenpresse‘ diffamiert wird und Journalisten einge-

Die AfD wird nicht einfach wieder verschwinden, sie ist mitten unter uns.

Nagihan Erdaş, Vorsitzende des Integrationsrates Oberhausen

Sie alle gehören zu uns, haben die gleichen Rechte, die gleiche Würde.

Mauno Gerritzen, Sprecher der AG Wohlfahrtspflege Oberhausen



Mauno Gerritzen sprach bei der Kundgebung gegen Rechts als Sprecher der AG Wohlfahrtspflege zu den 5000 Menschen auf dem Friedensplatz.



Auch NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (rechts vorne, dunkler Mantel, grauer Schal) protestierte mit.

schüchtert werden, ist die rote Linie überschritten“, rief Nagihan Erdaş immer lauter, um den Applaus zu übertönen. Die Demokratie müsse jetzt beweisen, dass sie wehrhaft ist.

Vor gut zwei Wochen hatte das Essener Recherche-Netzwerk „Correctiv“ ein Geheimtreffen mit hochrangigen AfD-Vertretern, bekannten Rechtsextremen, Mitgliedern der Werteunion und Unternehmern im November 2023 aufgedeckt. Diese debattierten demnach dort einen Plan zur „Remigration“, zur Abschiebung mehrerer Millionen Zuwanderer auch mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Vertreibungs-idee löste eine anhaltende Welle der Empörung aus. Auch bei Mauno Gerritzen, der für die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege in Oberhausen sprach. Er machte deutlich, wie viele Menschen in unserem direkten Umfeld von den „abscheulichen Gedanken und Ideologien der Demokratiefeinde“ betroffen sind. „Arme Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen aus der queeren Szene und viele mehr. Sie alle gehören zu uns, haben die gleichen Rechte, die gleiche Würde.“

Die Würde des Menschen ist unantastbar. So steht es im Grundgesetz. Gerritzen: „Ich kann und will mir nicht vorstellen, in einem Land zu leben, in dem dieser Grundsatz in Frage gestellt wird. In dem Schicksal darüber entscheidet, ob ich als wertvoll für die Gesellschaft angesehen werde oder nicht.“

Immer mehr Menschen scheuen sich nach seiner Wahrnehmung nicht mehr, „ihre rechtsradikalen und rechtsextremen Gedanken offen zu äußern und diesen auch Taten folgen zu lassen“. Es sei an der Zeit, dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben. „Es ist an der Zeit, dass Nächstenliebe und Menschlichkeit wieder unser Miteinander prägen!“

Sachlich, aber nicht weniger deutlich, argumentierte Thomas Gäng auf der Bühne. Der Vorsitzende des Oberhausener Katholikenrats machte deutlich, warum die

AfD unwählbar sei. „Es ist kalt in Deutschland, wenn wir um die Freiheit und die Demokratie in unserem Land fürchten müssen. ‚Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren‘, machte bereits Oberbürgermeister Daniel Schranz als erster Redner des Abends deutlich. „Oberhausen steht auf gegen Rechtsextremismus, gegen Spaltung, für Toleranz.“ Mit starker Stimme strahlte er Standhaftigkeit und Entschlossenheit aus, Kompromisslosigkeit bei Fragen der Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde. Entschlossen war auch die Reaktion der 5000 Zuhörerinnen und Zuhörer: Lauter Applaus für Schranz.

Beeindruckend: Vielen der 5000 friedlich protestierenden Menschen merkte man an, keine regelmäßigen Demo-Gänger zu sein. „Aber irgendwann reicht es“, erklärte Lothar Gores, warum er nach weit mehr als 30 Jahren, damals lief er bei den Ostermärschen mit, wieder auf die Straße ging. Es sei wieder an der Zeit, Flagge zu zeigen.

„Haben Sie Kinder?“

Für die zwölfjährige Mathilda war es die erste Protest-Aktion. Warum sie mit ihrer Mutter zum Friedensplatz gekommen ist? „Weil Nazis scheiße sind“, sagt sie. Mutter Marion runzelt kurz die Stirn, findet die Wortwahl ihrer Tochter dann aber doch angemessen. Sie selbst sei da, „um unsere demokratischen Werte zu verteidigen.“

„Haben Sie Kinder?“, antwortete eine andere Teilnehmerin auf die Frage nach den Gründen, warum sie heute an der Kundgebung teilnimmt. „Möchten Sie, dass Ihre Kinder in Frieden und Freiheit aufwachsen? Dann erübrigt sich die Frage.“ Ihren Namen möchte sie nicht nennen, nicht öffentlich in Erscheinung treten – wie mehrere andere Demonstranten, die wir befragen. Peter S. erklärt die Ursache dafür: „Ich traue den Rechten mittlerweile alles zu.“ Wenn die AfD trotz der Correctiv-Berichte bei künftigen Wahlen noch zweistellige Ergebnisse einfährt, „dann schäme ich mich für mein Land“.